

„Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober

Betroffenen dringend helfen

Keine Entwarnung in Sicht: Die Armutsgefährdung in Niedersachsen ist nach wie vor hoch und liegt sogar über dem Bundesdurchschnitt. Anlässlich des „Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb ein konstatiertes Vorgehen, das alle Betroffenen gleichermaßen in den Blick nimmt.

Die Zahlen des niedersächsischen Landesamts für Statistik malen in punkto Armutsgefährdung ein düsteres Bild: Die Armut in Niedersachsen verfestigt sich und zwar in allen Bevölkerungsgruppen. Unter den Minderjährigen galt 2022 mehr als jede*r Fünfte als armutsgefährdet, bei den 18- bis unter 25-Jährigen sind es fast 25 Prozent. Wiederholt bestätigt hat sich 2022 auch, dass

die Armutsgefährdung im Alter überdurchschnittlich ausfällt: Die Armutsgefährdungsquote von 65-Jährigen und Älteren lag bei etwa 18 Prozent. Für den größten Sozialverband in Niedersachsen ein unhaltbarer Zustand. „Das ist in einem reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar“, betont Dirk Swinke, SoVD-Vorstandsvorsitzender in Niedersachsen. Der Verband fordert deshalb von der Politik,

bei ihren Plänen alle Betroffenen zu berücksichtigen. „Es muss an vielen Stellschrauben gleichzeitig gedreht werden“, so Swinke.

Maßnahmen wie die Grundrente, die Erhöhung des Bürgergelds oder die Kindergrundsicherung seien zwar richtig und wichtig. „Sie sind aber bei Weitem nicht ausreichend. Vielmehr muss der Mindestlohn erhöht werden, ansonsten droht den Arbeitnehmer*innen Armut im Alter. Auch die Punkte günstiger Wohnraum und die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen müssen angegangen werden“, erläutert Swinke. Es sei ein entschlossenes Gesamtverfahren statt einzelner Maßnahmen notwendig. „Eine einfache Lösung gibt es leider nicht. Aber die Probleme müssen jetzt angegangen werden, ansonsten sind immer mehr Menschen in Niedersachsen von Armut bedroht“, ist sich der Vorstandsvorsitzende sicher.



Foto: Sir_Oliver / Adobe Stock

Mit etwa 18 Prozent ist die Armutsgefährdungsquote bei älteren Menschen besonders hoch.

Online-Vortrag des SoVD im November

„Rente: Wann muss ich Steuern zahlen?“

Am Dienstag, 28. November, informiert der SoVD in einem digitalen Vortrag, ob und in welcher Höhe Rentner*innen Steuern zahlen müssen.

Vielen Rentner*innen ist nicht bewusst, dass auch Senior*innen steuerpflichtig sein können – dies hängt von verschiedenen Faktoren ab. Referent Dr. Jörg-Christian Hülper stellt diese Faktoren in seinem Vortrag vor und erläutert sie. Besprochen wird auch, was passiert, wenn man keine Steuererklärung abgibt, obwohl man eigentlich dazu verpflichtet ist. Dabei werden die Rechtsfolgen dargestellt und

erklärt, was man tun kann, um unangenehme Folgen für sich und Angehörige zu vermeiden. Der Vortrag findet am 28. November von 17 bis 18 Uhr über Zoom statt. Sowohl SoVD-Mitglieder als auch andere Interessierte können sich bis zum 24. November unter weiterbildung@sovd-nds.de dafür anmelden. Spätestens am Veranstaltungstag erhalten Teilnehmende einen Zoom-Link per E-Mail. Die Teilnahme ist kostenfrei. Themen und Termine der digitalen Vortragsreihe des SoVD sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.



Foto: Yakobchuk Olena / Adobe Stock

Am SoVD-Vortrag können Interessierte kostenlos teilnehmen.

Neue SoVD-Podcast-Folge: Jetzt reinhören!

So bekommt man Unterstützung im Job

Menschen mit Behinderung haben es auf dem ersten Arbeitsmarkt meistens besonders schwer. Um ihnen den Einstieg in einen Job und auch ihre Tätigkeit zu erleichtern, gibt es zahlreiche Hilfsmittel zur Unterstützung. Das Problem: Häufig werden diese von Behörden oder Rentenversicherungsträgern abgelehnt. Das zeigt auch der Beratungsfall aus der neuen Podcast-Folge. Deshalb besprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel, wie man sich als Betroffene*r trotz-

dem durchsetzen kann und wo man Hilfe findet.

Zu Gast sind dieses Mal Sarina Wassermann und Liliane Triebel von der Initiative „Diagnose: Arbeitsfähig“. Die beiden setzen sich mit ihrem Projekt für mehr Inklusion von Hochschulabsolvent*innen mit psychischer Erkrankung auf dem Arbeitsmarkt ein. Sie erzählen, wie man Betroffene unterstützen kann, was Arbeitgeber*innen ändern sollten und wann die Initiative helfen kann.

Mehr dazu unter www.sovd-nds.de/podcast.



Foto: Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge von „Kein Ponyhof“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen.

Zahlreiche Pflegeheime weisen Mängel auf / SoVD fordert mehr politischen Einsatz

Qualitätsmängel beseitigen

Erschreckende Entwicklung: Aktuelle Zahlen des AOK-Pflegereports zeigen, dass die Versorgung von Menschen in Pflegeheimen deutschlandweit sehr unterschiedlich ist. Niedersachsen schneidet – gerade wenn es um Bewohner*innen mit Demenz geht – besonders schlecht ab. Der SoVD in Niedersachsen fordert daher von der Landesregierung mehr Einsatz für die Qualität in Pflegeheimen.



Foto: thodonat / Adobe Stock

Der SoVD fordert unter anderem transparente Informationen über schwerwiegende Mängel in Pflegeeinrichtungen.

Wer in einem Pflegeheim lebt, verlässt sich darauf, dass sie*er gut versorgt wird. Der aktuelle Pflegereport der AOK zeigt jedoch, dass Niedersachsen bei der Qualität der Einrichtungen in vielen Punkten hinterherhinkt. So kamen knapp fünf Prozent aller an Demenz erkrankten Bewohner*innen 2021 wegen unzureichender Flüssigkeitszufuhr ins Krankenhaus. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 3,8 Prozent. Den landesweit auffälligsten Wert stellte die

AOK dabei im Emsland fest (7,8 Prozent). Auch bei der Dauerverordnung von Antipsychotika bei Demenz nehmen einige Kreise in Niedersachsen einen höchst unrühmlichen Platz ein. Im Emsland erhalten 14,81 Prozent der Pflegeheimbewohner*innen eine entsprechende Dauermedikation. In Wolfsburg sind es 14,53 Prozent, in Oldenburg 14,12 Prozent und in der Grafschaft Bentheim 14,02 Prozent. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei rund neun Prozent.

„Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Niedersachsen müssen darauf vertrauen, dass die Betreuung und Pflege in allen Einrichtungen flächendeckend gut und sicher gewährleistet wird. Laut den Zahlen ist das derzeit nicht gegeben“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Die Kontrollen des Landes müssten hier viel weiter verstärkt werden. „Die Beschwerdestelle Pflege ist bereits eine wichtige Anlaufstelle für Betroffene. Das reicht aber noch nicht“, so Swinke. Aus Sicht des SoVD muss es vor allem Verbesserungen bei den Informationen zur Qualität von Pflegeheimen geben. „Allgemein zugängliche transparente Informationen über den Personalschlüssel oder schwerwiegende Mängel in Einrichtungen werden im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung gestellt. Hier muss im Rahmen einer gesetzlichen Regelung dringend nachgebessert werden“, fordert Swinke.